



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

JUNGE MENSCHEN UND DIE SACHE MIT DER PARTIZIPATION

- ANALYSE
25 Jahre Freiheit. Die neue Generation der Bürger
Olga Napiontek, Warschau 2
- UMFRAGE
Einstellungen zu Demokratie und Schule 7

- CHRONIK
7. – 20. Oktober 2014 12

25 Jahre Freiheit. Die neue Generation der Bürger

Olga Napiontek, Warschau

Zusammenfassung

Der Kern der Idee vom Staatsbürger ist die aktive Teilnahme der Individuen an der Gestaltung der Welt, in der sie leben, indem sie sich für öffentliche Angelegenheiten interessieren, sich zu Wort melden, selbst Initiative ergreifen und sich an Entscheidungsprozessen beteiligen. Ein so verstandenes Staatsbürgertum ist kein Privileg von Erwachsenen, sondern kann auch Erfahrung von Kindern und Jugendlichen sein. Wie praktiziert die neue Generation der Polen, junge Menschen, die nach 1989 geboren wurden, ihr Staatsbürgersein, wie gestaltet sie die Zivilgesellschaft mit? Es wird gezeigt, welche Aktivitäten sie unternimmt, und danach gefragt, wie Kinder und Jugendliche in den letzten 25 Jahren darauf vorbereitet wurden, Mitglieder der Zivilgesellschaft zu sein, des Weiteren, welche Chancen sie hatten, diese Rolle kennen und schätzen zu lernen. Vorgestellt werden sowohl individuelles Engagement, beispielsweise die Teilnahme an Wahlen, als auch Gruppenaktivitäten in informellen und formellen Gruppen wie Nichtregierungsorganisationen.

Junge Menschen haben, auch wenn sie noch nicht volljährig sind, viele Möglichkeiten, am öffentlichen Leben teilzunehmen und in der Rolle des Bürgers aktiv zu werden. Im Folgenden wird dargestellt, wie junge Menschen auf Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten, die sie selbst betreffen, Einfluss nehmen, indem sie an Wahlen teilnehmen, Initiativen von unten in Gang setzen oder sich als Mitglieder einer Organisation bzw. als Ehrenamtliche für die Gemeinschaft einsetzen.

Jungen und Mädchen in Polen besitzen das theoretische Wissen, das der Ausgangspunkt für zivilgesellschaftliches Engagement sein kann. In internationalen Untersuchungen zu staatsbürgerlichen Kompetenzen im Jahr 1999 schnitten die polnischen Schüler innerhalb des ehemaligen Ostblocks am besten ab. Im Jahr 2009 lagen sie wegen ihres mittelmäßigen Ergebnisses im Test ihres staatsbürgerlichen Wissens auf Platz sechs. Die jungen Menschen sind in der Lage, die Rolle des Staatsbürgers in der Demokratie korrekt zu beschreiben, die Ziele der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu benennen, sie verstehen die wichtigsten Regeln der Demokratie. Das Problem ist allerdings das praktische Wissen, beispielsweise über die Wahlen. Nur 56 Prozent der jüngsten Wähler wussten, wer die Abgeordneten des Europäischen Parlaments wählt. Im Jahr 2010 wussten 37 Prozent der jungen Menschen nicht, wen sie bei den Selbstverwaltungswahlen wählen werden.

Ein allgemeines Interesse an öffentlichen Angelegenheiten bekunden nur 14 Prozent der 18- bis 24-Jährigen. Fragt man nach Politik, war das Interesse unter den Schülern der oberen Sekundarstufe im Jahr 2013 das bis dahin niedrigste. »Fast ebenso viele junge Menschen, die die obere Sekundarstufe abschließen, bezeichnen ihr Interesse an Politik als mittelmäßig – sie verfolgen nur die wichtigsten politischen Ereignisse – wie junge Menschen, die angeben, dass sie sich nicht für politische Fragen interessieren (32 bzw. 31 Prozent). Knapp ein Viertel

(24 Prozent) der Befragten gibt ein so geringes politisches Interesse an, dass sogar wichtige Ereignisse ihrer Aufmerksamkeit entgehen.« Etwas häufiger interessieren sich Jungen für Politik als Mädchen. Unter den Jungen ist das relativ stärkste Interesse an Politik unter den Schülern der oberen Sekundarstufe der Allgemeinbildenden Oberschulen ausgeprägt, das geringste unter Schülern der Berufsgrundschulen, so die neuesten Untersuchungen des Meinungsforschungsinstituts CBOS.

Fragt man differenzierter nach, ergibt sich, dass sich 45 Prozent der Schüler der oberen Sekundarstufe für lokale Angelegenheiten interessieren, 54 Prozent haben Interesse an Angelegenheiten auf Landesebene und fast jeder dritte junge Mensch interessiert sich für die Politik in anderen Ländern, ähnlich ist es mit dem Interesse an internationaler Politik. Dies drückt sich bei den 16- bis 19-Jährigen darin aus, dass sie mindestens ein Mal wöchentlich, täglich oder fast täglich (78 Prozent) die Nachrichten sehen, um sich über die Ereignisse in Polen und im Ausland zu informieren. 48 Prozent lesen Zeitung und 44 Prozent finden ihre Informationen im Internet.

Junge Menschen unter 18 Jahren verwirklichen sich als Staatsbürger, indem sie sich zu öffentlichen Angelegenheiten äußern. Sie diskutieren über Politik (46 Prozent), unterzeichnen Petitionen (32 Prozent) und äußern sich, indem sie in sozialen Netzwerken »gefällt mir« klicken oder dort an Umfragen teilnehmen (19 Prozent). Einstellungen zu Themen wie fairer Handel oder Einhaltung der Menschenrechte lassen sich daran messen, dass entsprechend bezeichnete Produkte gekauft oder nicht gekauft werden.

Ein wichtiger Indikator ist die Teilnahme an den Wahlen, zu denen junge Menschen berechtigt sind. Im Jahr 1997 haben bei den Parlamentswahlen den Angaben nach 37 Prozent gewählt und bei den Wahlen in den folgenden Jahren stieg der Anteil (2001: 47 Prozent, 2005: 50 Prozent, 2007: 53 Prozent, 2011: 54 Prozent).

Allerdings nutzen die 18- bis 24-Jährigen das Wahlrecht seltener als die übrigen Wahlberechtigten. Auf der Grundlage qualitativer Untersuchungen der *London School of Economics* zeigt sich, dass die niedrige Wahlbeteiligung nicht notwendig ein Ausdruck der Apathie ist, sondern vielfältige Gründe hat. Vor allem junge Menschen sind der Ansicht, dass das Angebot der Politiker und Experten nicht ausreichend ihren Bedürfnissen und Problemen und dem Ideal der demokratischen Beteiligung entspricht. Das Problem ist, dass es nicht genügend Gelegenheiten gibt, junge Menschen in wichtige Diskussionen einzubinden, die ihre sozialen Probleme betreffen. Darüber hinaus sind junge Menschen aus Gruppen, die systematisch aufgrund ihres Einkommens, aufgrund von Arbeitslosigkeit und ihres Wohnorts im ländlichen Raum ausgeschlossen sind, nicht eingeladen, über ihre Probleme und mögliche Lösungen zu sprechen. Daher glauben die jungen Europäer nicht, dass den Politikern ehrlich an der Verbesserung ihrer Situation liegt. In Polen ist unter den Schülern der oberen Sekundarstufe »die Überzeugung verbreitet, dass sich die Politiker – unabhängig von ihren Erklärungen – nur um ihre Karriere kümmern (92 Prozent) und die Parteien nicht die Meinung der Bürger berücksichtigen, sondern sich allein darum bemühen, so viele Wählerstimmen wie möglich zu erhalten«.

Was Wahlen betrifft, haben junge Menschen am häufigsten die Gelegenheit, im Rahmen der Schüler-selbstverwaltung ihre Repräsentanten zu wählen. Die Schüler-selbstverwaltung ist in Polen gesetzlich verankert und wird in der großen Mehrheit der Schulen in repräsentativer Form organisiert. Allerdings ist die Teilnahme an diesen Wahlen nicht hoch. »Angefangen mit dem Jahr 2003 stieg der Anteil der Schüler systematisch an, die angaben, an den Wahlen zur schulischen Selbstverwaltung teilzunehmen, an jeder Wahl oder manchmal. Im Jahr 2010 überstieg er zum ersten Mal 50 Prozent, aber 2013 kehrte sich der Trend um und es überwiegen wieder die passiven Schüler, die noch nie an den Wahlen teilgenommen haben (61 Prozent)«. Dieser Rückgang war 2013 in allen Schultypen zu beobachten.

Mitgliedschaften und ehrenamtliches Engagement

Junge Menschen können die Zivilgesellschaft vor allem als Ehrenamtliche gestalten, das heißt unbezahlte Arbeit für Organisationen oder soziale Gruppen leisten. Eine solche Tätigkeit übernehmen 18 Prozent der Polen und Polinnen. Die Autoren eines Berichts der Gesellschaft *Klon/Jawor* (2013) weisen darauf hin, dass »der Anteil der Ehrenamtlichen unter den Jüngsten (bis 26 Jahre) mit 21 Prozent größer ist als unter den Älteren (50+), bei denen er 15 Prozent beträgt. Die jüngsten Ehrenamtli-

chen (15 bis 26 Jahre) arbeiteten mehr für Verbände und Stiftungen, während sich die älteren (50+) für Institutionen wie Kirche und Gemeinde, das Amt des Ortsvorstehers oder in sozialen Einrichtungen engagieren«, so die Ergebnisse der neuesten Untersuchungen.

Aus anderen Untersuchungen (*CBOS*) geht hervor, dass im Jahr 2013 32 Prozent der Schüler der oberen Sekundarstufe Organisationen, Verbänden oder Klubs angehörten, was im Vergleich zu den 37 Prozent im Jahr 2010 ein Rückgang, aber immer noch höher als Ende der 1990er Jahre ist. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation geben mehr Jungen als Mädchen an. »Die Mitgliedschaft in Organisationen ist unter den Schülern der Berufsgrundschulen und der privaten Allgemeinbildenden Oberschulen am verbreitetsten, während sie relativ am geringsten unter den Befragten des Schultyps Technikum ist. Die meisten gehören Sportvereinen oder Fanklubs an (15 Prozent). Auf Platz zwei der Popularitätsskala befinden sich einerseits soziale Organisationen (7 Prozent), andererseits kulturelle Organisationen und Hobbyvereine (6 Prozent). Im Vergleich zu 2010 ging die Mitgliedschaft in religiösen Organisationen von 8 auf 4 Prozent (2013) zurück. Ebenfalls wenig verbreitet ist die Mitgliedschaft bei den Pfadfindern (2013: 2 Prozent, 2010: 1 Prozent) und in politischen Organisationen.« Vergleichbare Ergebnisse finden sich bei *Eurobarometer*: 33 Prozent der 15- bis 30-jährigen Polen nehmen an Aktivitäten von Organisationen und Klubs teil – der Mittelwert in der EU beträgt dagegen 52 Prozent. Polen steht hier auf dem letzten Platz.

Zivilgesellschaftliches Engagement in der Praxis

Fasst man diese statistischen Angaben zusammen, ergibt sich, dass nur jeder zweite junge Mensch wählen geht, also an der wichtigsten Form der repräsentativen Demokratie teilnimmt, und sich jeder dritte an der Basis im Rahmen von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und informellen Gruppen engagiert. Stimmt man der Annahme zu, dass die Entwicklung unserer Gesellschaft vom sozialen Kapital, das heißt dem praktizierten zivilgesellschaftlichen Engagement, abhängt, dann scheint die Aktivität der jungen Menschen nicht ausreichend zu sein.

Viele Forscher, die das Engagement junger Menschen im öffentlichen Leben untersuchen, weisen darauf hin, dass dessen Stärkung davon abhängt, ob für Jungen und Mädchen entsprechende Formen der Beteiligung gefunden werden. Im Folgenden werden Beispiele zivilgesellschaftlicher Aktivitäten vorgestellt, solche, in die sich junge Menschen einbringen wollten.

Ein Beispiel ist der Fall ACTA. Eine halbe Million Internetnutzer beteiligten sich auf Facebook unter dem

Slogan »Nein zu ACTA – ich stimme der Unterzeichnung des Abkommens durch Polen nicht zu«. Die überwältigende Mehrheit der Teilnehmer waren Jugendliche. Es war ein Engagement, das ein sehr konkretes Problem betraf und die jungen Menschen unmittelbar berührte, denn es war mit der Gefahr verbunden, dass ihnen die Freiheit, Angebote des Internet zu nutzen, genommen werden sollte. Die Teilnehmer der Aktion äußerten sich und protestierten. Der Fall ACTA zeigt, dass sich junge Menschen engagieren, wenn das Thema für sie wichtig ist und verständlich dargestellt wird. Notwendig sind dabei auch entsprechende Kanäle und Methoden, in diesem Fall war es Facebook. Ein wichtiger Faktor für das Engagement ist die Glaubwürdigkeit der Organisatoren des Protestes. Der »Kongress des Freien Internet« und die an ihm beteiligten Organisationen stellten eine unabhängige Initiative von unten dar, die während der gesamten Zeit der Aushandlung einer Einigung in Opposition zu den Aktivitäten der Regierung stand und Verhandlungen mit ihr ablehnte, wodurch sie die Minister zu einer offenen, öffentlichen Debatte zwang.

Die Proteste gegen die Unterzeichnung von ACTA sind ein Beispiel für Aktivitäten, die übernationale Angelegenheiten betreffen. Davon abgesehen, erscheint es besonders interessant, wie sich junge Menschen auf der lokalen Ebene der Gemeinde zivilgesellschaftlich engagieren, wo der Großteil der Entscheidungen gefällt wird, der Einfluss auf die Qualität ihres alltäglichen Lebens hat.

Die Schüler der Mittelschule Nr. 4 in Starachowice hatten beschlossen, sich mit dem Problem der Zugänglichkeit des Gesundheitsdienstes für junge Menschen zu befassen. Dabei bezogen sie alle Interessierten ein, von den Schülern der Grund- und Mittelschule bis zu den Schuldirektoren, die persönlich an der Debatte mit den Schülern über das Thema Gesundheitsschutz in der Schule teilnahmen. Die Debatte half, viele Probleme aufzugreifen und konkrete Lösungen zu finden. Verändert wurden der Aufgabenbereich der Schulkrankenschwester, ihre Sprechstunden und die Bedingungen, ihre Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Die Kinder und Jugendlichen hatten das Gefühl, tatsächlichen Einfluss auf für sie wichtige Fragen nehmen zu können.

Junge und sogar sehr junge Bürger können Dialogpartner der Vertreter lokaler Behörden sein und so zu optimalen lokalen Entscheidungen beitragen. Im Dorf Horodło plante die Direktorin der Bibliothek, den Kinderspielplatz zu erneuern. Sie besuchte den Kindergarten und schlug den Kindern vor aufzumalen, wie ein Spielplatz auszusehen habe. Auf ihre Bitte, unterstützt von den Kinderzeichnungen, stimmte der Gemeindevorsteher zu, solche Schaukeln zu kaufen, wie die Kinder sie gemalt hatten und alle Geräte in den von den Kindern gewünschten Farben anzustreichen. Diese sehr jungen

Bürger nahmen tatsächlich an einem Entscheidungsprozess teil, indem sie ihren Möglichkeiten entsprechend an einer Entscheidung beteiligt wurden, die für sie wichtig und gleichzeitig nachvollziehbar war.

Junge Menschen praktizieren zivilgesellschaftliches Engagement, indem sie über die Tätigkeiten öffentlicher Institutionen mitentscheiden, deren Aufgabe es beispielsweise ist, die Teilnahme an Kultur zu ermöglichen, so im Projekt »Programmiere das Kulturhaus« der *Fundacja Pole Dialogu* (Stiftung Dialogfelder). Die Jugendlichen diagnostizierten die Bedürfnisse ihrer Altersgruppe hinsichtlich kultureller Partizipation, um anschließend in Workshops Ideen für kulturelle Aktivitäten zu entwickeln. Aus einer Reihe von Vorschlägen wurden drei ausgewählt, die in einem Warschauer Kulturhaus umgesetzt wurden.

Der Jugendrat der Stadt Olsztynek (Hohenstein) wiederum reagierte auf die Situation, dass es 40 Seen, aber keinen öffentlichen Strand gab. Die Jugendräte organisierten eine Debatte mit den Einwohnern und anschließend zwei Aufräumaktionen für den Strand und die Wege um einen See. Ende des Jahres 2013 beantragten sie finanzielle Unterstützung aus dem Gemeindebudget für das Jahr 2014. Infolge der Aktivitäten des Jugendrates beschlossen die Stadträte und der Bürgermeister, 50.000 Zloty für die Gestaltung des Strandes bereitzustellen. Jugendräte sind ein Beispiel eines systemimmanenten Mechanismus, der jungen Menschen ermöglichen soll, aktive Bürger zu sein.

Die dargestellten Beispiele zeigen, dass wirkungsvolles zivilgesellschaftliches Engagement junger Menschen möglich ist. Dabei hängt der erfolgreiche Einsatz auch davon ab, ob das Thema, für das sie sich engagieren sollen, für sie wichtig, nachvollziehbar und interessant ist. Nicht alle Themen betreffen alle Altersgruppen gleichermaßen. Aber für jede Altersgruppe gibt es wichtige Fragen, zu denen sie sich äußern können sollte. Zivilgesellschaftliches Engagement junger Menschen erfordert Partizipationsformen, die sich von denen der Erwachsenen unterscheiden. Letztlich brauchen die jungen Menschen auf dem Wege zum Staatsbürger die Unterstützung von Erwachsenen, denen sie vertrauen und von denen sie inspiriert werden, so dass sie sich auf eine Weise für sich selbst einsetzen können, die sie zufrieden stellt.

Wie bereiten wir junge Menschen darauf vor, aktive Mitglieder der Zivilgesellschaft zu werden? Das Herz der aktiven Teilnahme ist die politische Bildung. Viele Experten und junge Menschen weisen gleichermaßen darauf hin, wie wichtig hier praktische Erfahrungen für die Entwicklung von Partizipation sind. Die Ergebnisse zahlreicher Untersuchungen zeigen, dass der wichtigste Faktor für zivilgesellschaftliche und politische Teilnahme im Erwachsenenleben wiederum die Erfah-

rung von Partizipation im Schulalter ist. Daraus ergibt sich die Frage nach politischer Bildung in Polen in den letzten 25 Jahren und wie sie die Entwicklung der Zivilgesellschaft bei der jungen Generation fördert.

Politische Bildung in der Schule

Nach 1989 standen die Regierungen vor der wesentlichen Herausforderung, einerseits die Bürger darauf vorzubereiten, in der demokratischen sowie marktgeprägten Wirklichkeit zu funktionieren, und andererseits die Bildungsinstitutionen an die Prinzipien der demokratischen Gesellschaft anzupassen. Das Schulwesen sollte seinen totalen Anspruch verlieren, indem dem Staat das Monopol im Bildungsbereich entzogen und Indoktrination und politische Kontrolle des Lehrprogramms aufgehoben wurden. Die Herausforderung nach 1989 war also, die Zielsetzung und Funktionsweise der Bildungsinstitutionen dahin gehend zu verändern, dass sie anstatt der sozialistischen Indoktrination der Bildung für die Demokratie dienen.

Die größte Reichweite, was die politische Bildung betrifft, haben die Schulen, denn sie lehren Demokratie sowohl auf theoretischer als auch praktischer Ebene. Die theoretische Heranführung hat zum Ziel, den Schüler mit dem Wissen auszustatten, dass unerlässlich ist, um ein kompetenter Staatsbürger zu sein. Bis zur Bildungsreform im Jahr 1999 fand die staatsbürgerliche Bildung im Rahmen des Unterrichtsfaches »Wissen über die Gesellschaft« statt. Für die achte Klasse der Grundschule und die vierte Klasse der Sekundarstufe war jeweils eine Unterrichtsstunde wöchentlich vorgesehen. Ab 1999 war »Wissen über die Gesellschaft« ein Fach mit drei Stunden wöchentlich in der Mittelschule und einer Stunde wöchentlich innerhalb von drei Jahren in der oberen Sekundarstufe. Themen wie Bürgerrechte, Patriotismus und Demokratie werden auch im Lehrprogramm der ersten drei Schuljahre behandelt. Seit dem Schuljahr 2009/10 wird die Staatsbürgerkunde im Rahmen der Fächer Wissen über die Gesellschaft, Wirtschaft und teilweise in Geschichte vermittelt. Seit 1999 kann sie auch als Prüfungsgebiet im Abitur gewählt werden, was ihren Rang deutlich erhöhte.

Die zweite sehr wichtige Ebene der politischen Bildung in der Schule besteht in der praktischen Entwicklung staatsbürgerlicher Kompetenzen der Schüler. Prozesse in der Schule können Gelegenheit sein, Interesse für öffentliche Angelegenheiten zu wecken und auf sie Einfluss zu nehmen, das heißt in schulischen Angelegenheiten Initiativen von unten in Gang zu setzen. Der Mechanismus, der dies erlaubt, ist die schulische Selbstverwaltung, die in allen Schultypen obligatorisch ist. Die Schüler selbstverwaltungen reduzieren ihre Aktivitäten allerdings letztlich auf organisatorische Tätig-

keiten, zum Beispiel die Veranstaltung von Schuldiscos, Schulfestern und verschiedene soziale und karitative Aktionen. Die Schüler selbstverwaltung übt selten die Funktion der Interessenvertretung für die Schüler in Gesprächen mit der Schulleitung oder dem pädagogischen Rat aus. Auch kennen die Schüler ihre Vertreter häufig nicht. Entgegen der Erklärung, dass die Schüler selbstverwaltung die Einhaltung der Schülerrechte beobachten soll, gibt es keine Verfahren, mit deren Hilfe die Jugend diese Aufgabe erfüllen könnte, was deutlich aus den Untersuchungen im Rahmen des Projektes »Schule der Zusammenarbeit« (*Szkoła Współpracy*; <www.szkolawspolpracy.pl>) hervorgeht. Da die Schüler selbstverwaltung letztlich nicht ihre gesetzlich vorgesehene Rolle erfüllt, wird sie als Scheininstitution wahrgenommen, welche die Schüler nicht legitimieren wollen.

Nichtregierungsorganisationen für politische Bildung

Seit Beginn der 1990er Jahre befassen sich in Polen vor allem NGOs auf informellem Wege mit der staatsbürgerlichen Erziehung. Zirka 3 Prozent der existierenden 70.000 Organisationen geben an, dass eines ihrer Tätigkeitsfelder die politische Bildung ist. Allerdings ist der Anteil wesentlich höher, da auch Einrichtungen, die sich mit Themen wie Menschenrechte oder Ökologie befassen, den Bereich der politischen Bildung berühren.

Vereine und Stiftungen füllen häufig die Lücke, die die Schule bei der Ausübung ihrer Erziehungs- und Bildungsaufgaben hinterlässt. Im Lehrplan des Faches »Wissen über die Gesellschaft« wird den Prinzipien des Funktionierens der lokalen Selbstverwaltung und den Möglichkeiten der Bürger, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, zu wenig Raum gewidmet. Daher befassen sich viele Organisationen damit, Erwachsenen und Jugendlichen Informationen zu vermitteln, die die Einbindung in Entscheidungsprozesse ermöglichen, und sie zu ermuntern, Initiativen von unten ins Leben zu rufen. Nichtregierungsorganisationen auf lokaler Ebene setzen viele Projekte um, die sich mit dem Ziel an die Bürger richten, Mitverantwortung und Identifikation mit dem eigenen Gemeinwesen zu entwickeln – in der Überzeugung, dass, wenn sich die Menschen nicht mit ihrem Ort verbunden fühlen, ihn nicht kennen oder nicht mögen, es schwer ist, auf ihr Engagement in lokalen öffentlichen Angelegenheiten zu zählen. Ein weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld der politischen Bildung sind Projekte zu den Themen, europäischer und Weltbürger zu sein.

Trotz allen Enthusiasmus und Einfallsreichtums ist für die Nichtregierungsorganisationen die Projektbindung und die Bezogenheit auf Anlässe charakteristisch und zugleich eine ernstzunehmende Einschränkung ihrer Wirksamkeit. Der Mangel an Kontinuität resul-

tiert vor allem aus finanziellen Problemen. Diese wiederum ergeben sich aus dem im Vergleich zu Organisationen im kulturellen Bereich oder auf dem Gebiet der sozialen Hilfe nicht sehr großen Finanzierungspool für NGOs im Bereich der politischen Bildung. Private Sponsoren sind zwar bereit, karitative und kulturelle Aktivitäten unterschiedlicher Art zu unterstützen, aber nicht unbedingt solche aus dem Bereich der politischen Bildung. Diese wird häufig mit politischem oder parteipolitischem Engagement assoziiert, mit dem Firmen nicht identifiziert werden wollen.

Die Jugendräte der Gemeinden

Für die jungen Menschen wurde in Polen ein eigenes Gremium eingerichtet, das die Stimmabgabe und die Teilnahme am öffentlichen Leben auf lokaler Ebene ermöglicht: die Jugendräte der Stadtteile, Städte und Gemeinden. Das wichtigste Ziel des Jugendrates der Gemeinde ist, das Interesse an lokalen öffentlichen Angelegenheiten zu stärken und positive Erfahrungen der Partizipation zu vermitteln. Die Schaffung der Jugendräte ergibt sich aus den Vorschriften des Gesetzes über die Gemeindefinanzverwaltung. Allerdings ist dieses Gremium immer noch nicht allgemein verbreitet – Jugendräte gibt es in 8 Prozent der Gemeinden. Unter den aktiven Jugendräten übernehmen viele die Rolle des Organisators von Kultur- oder Sportveranstaltungen, aber nicht diejenige, die Bedürfnisse der jungen Menschen zu artikulieren und ihre Forderungen in der Politik umzusetzen.

In Polen gibt es abgesehen von der Finanzierung des Unterrichts zur politischen Bildung keine systematische finanzielle Unterstützung weiterer Tätigkeiten in diesem Bereich. Viele zivilgesellschaftliche Initiativen, an denen Jugendliche teilnehmen, nutzen das EU-Programm »Jugend in Aktion«. Im Jahr 2012 betraf das beispielsweise gut 11.000 junge Menschen – de facto sind das weniger als 2 Prozent der 12- bis 27-Jährigen.

Es gibt keine speziellen Einrichtungen zur politischen Bildung wie zum Beispiel in Deutschland, die finanzielle Mittel für Nichtregierungsorganisationen verteilen. Viele Aktivitäten werden aus den Mitteln der lokalen Selbstverwaltung finanziert, die den Organisationen im Ausschreibungsverfahren Geld zuweist. Die Bewilligung der Mittel für Tätigkeiten im Bereich der politischen Bildung ist davon abhängig, ob die zuständigen Gremien in der Gemeinde der Auffassung sind, dass das betreffende Thema so wesentlich ist, dass es finanziert zu werden lohnt. Gewöhnlich wird ein Thema als wichtig erachtet, sofern es nichts Dringenderes gibt.

Schlussbetrachtung

Das Niveau der zivilgesellschaftlichen Partizipation in Polen ist niedrig. Die Mehrheit der Polen hat keine dau-

erhaften politischen Präferenzen und schwach ausgeprägte staatsbürgerliche Kompetenzen. Das Problem ist, dass weniger als 20 Prozent Staatsbürger »guter Qualität« sind, wie es der Soziologe Jacek Raciborski ausdrückt. Diese Situation ließe sich mit Blick auf die individuellen Biographien mit den Lebenserfahrungen in einem nicht-demokratischen System erklären, die dazu führten, dass die Kompetenzen, sich politisch in der Demokratie zu engagieren, fehlen. Betrachtet man allerdings die junge Generation, die nicht von der individuellen Erfahrung belastet ist, sich an die im kommunistischen System herrschenden Bedingungen angepasst haben zu müssen, ist das Bild auch nicht besser. An konventionellen Formen staatsbürgerlicher Aktivität, wie zum Beispiel wählen zu gehen, nehmen junge Menschen seltener teil als die ältere Generation. Sie sind etwas aktiver in Organisationen der Zivilgesellschaft als die Senioren in Polen, jedoch am geringsten im Vergleich zu jungen Menschen in anderen Staaten der Europäischen Union.

Woher kommt also das nicht besonders ausgeprägte staatsbürgerliche Engagement der jungen Menschen? Offenbar ist es das Ergebnis von Vernachlässigungen, die jedoch nicht fundamentaler Art sind, denn schließlich gibt es die staatsbürgerliche Erziehung in den Schulen und sind NGOs zugelassen, die entsprechende Aktivitäten außerhalb der Schule durchführen. Eher ist es den Lehrern und Erziehern nicht gelungen, die jungen Menschen davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, sich für öffentliche Angelegenheiten zu interessieren, dass Engagement sinnvoll ist, Zufriedenheit vermitteln und tatsächlich die Welt im Kleinen verändern kann. Die tatsächliche Tätigkeit der Schülerselbstverwaltungen, die Kultur, Regeln in der Schule zu setzen und einzuhalten, der autoritäre Charakter der Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugend hindert viele junge Menschen daran, Erfahrungen als demokratische Staatsbürger zu machen. Das Fehlen dieser Erfahrung oder auch einfach schlechte Erfahrungen erschweren es, sich in Zukunft zu engagieren. Wenn die Wahlen der Vertreter der Schülerselbstverwaltung dazu führen, dass Personen gewählt werden, die sich mit unwesentlichen Fragen beschäftigen, wird den jungen Menschen beigebracht, dass die Teilnahme an Wahlen sinnlos ist. Wenn in der Schule selten diskutiert wird, wird vermittelt, dass es überflüssig ist, das Wort zu ergreifen. Wenn die Schüler an Projekten teilnehmen, die vom Lehrer ausgewählt und ausgedacht wurden, wird ihnen beigebracht, dass sie keine eigenen Initiative zu ergreifen, sondern nur passiv auf fremde Einfälle zu warten brauchen. Die 25 Jahre politischer Bildung in der Schule hätte man sicher stärker vorantreiben und mehr in sie hineinlegen können. Auch die zivilgesellschaftliche Bildung, die von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt wurde, hätte

größere Unterstützung erhalten können. Damit junge Menschen die Zivilgesellschaft wollen und in der Lage sind, sie zu gestalten, müssen sie so früh wie möglich die Erfahrung von sinnvoller Teilnahme machen. Die Verantwortung, die Bedingungen zu schaffen, um Erfahrungen machen zu können, dass Engagement sinnvoll

ist, liegt bei den Erwachsenen, die für die Bildungspolitik verantwortlich sind, sowie bei denen, die sie täglich in der Arbeit mit jungen Menschen umsetzen. Hieraus ergibt sich eine Aufgabe für die nächsten Jahre.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Der Artikel ist eine gekürzte, überarbeitete Fassung von: Olga Napiontek: *Ćwierć wieku wolności. Nowe pokolenie obywateli*. In: Trzeci sektor. Kwartalnik o problematyce społeczeństwa obywatelskiego Nr. 32 (1/2014): *Społeczeństwo obywatelskie 25 lat później*. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2014. S. 42-50.

Über die Autorin

Dr. Olga Napiontek ist Soziologin und Autorin von Untersuchungen und Artikeln zur politischen Bildung und zum zivilgesellschaftlichen Dialog. In der Stiftung Civis Polonus (Warschau) ist sie stellvertretende Vorstandsvorsitzende und entwickelt Projekte zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements, u. a. mit Jugendräten von Stadtteilen und Gemeinden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung der politischen Bildung von Kindern im ländlichen Raum.

Lesetipps

- Kordasiewicz, Anna; Sadura, Przemysław (Hrsg.): *Edukacja obywatelska w działaniu*. Warszawa: Wydawnictwo Scholar, Fundacja Pole Dialogu i Fundacja Civis Polonus 2013.
- Grabowska, Mirosława; Kalka, Jolanta: *Młodzież 2013*. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej 2014.
- ICCS 2009 European Report Civic knowledge, attitudes, and engagement among lower-secondary students in 24 European countries, International Association for the Evaluation of Educational Achievement, Amsterdam 2010.

UMFRAGE

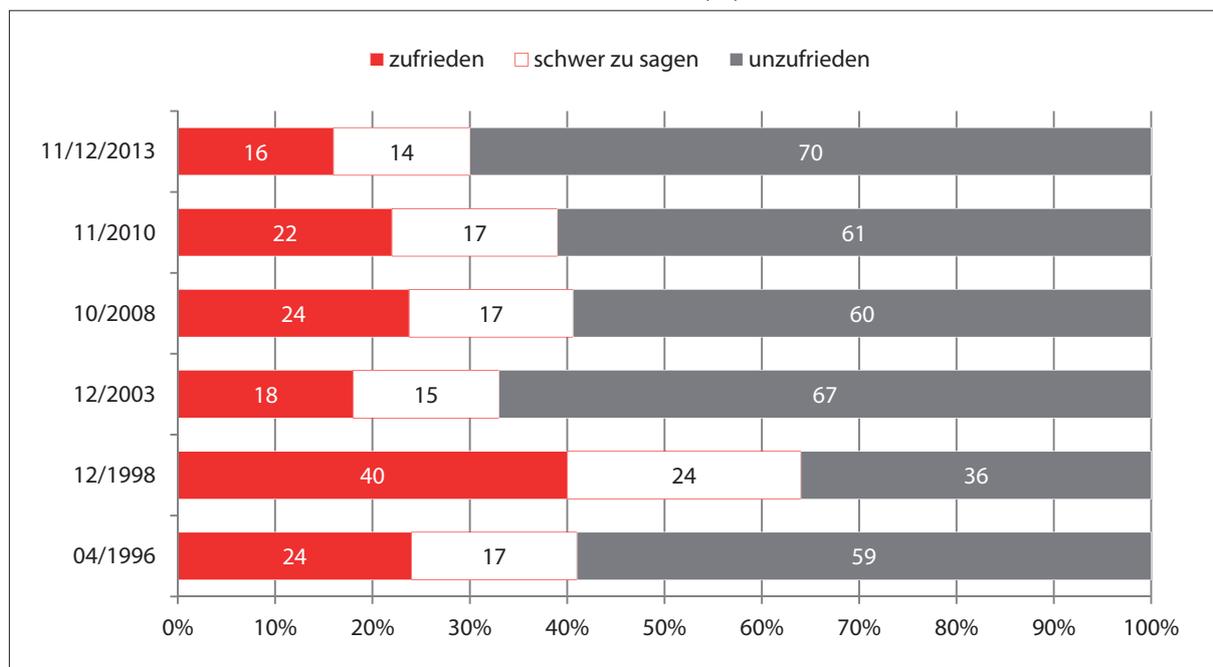
Einstellungen zu Demokratie und Schule

Tabelle 1: Die Beurteilung der Demokratie

Welche Feststellung kommt Deinen Überzeugungen am nächsten?	Bist Du im Allgemeinen zufrieden oder unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in unserem Land funktioniert? (%)		
	zufrieden	unzufrieden	schwer zu sagen
Die Demokratie ist allen anderen Regierungsformen überlegen.	30	60	10
Manchmal können nicht demokratische Regierungen wünschenswerter sein als demokratische Regierungen.	11	81	7
Für Menschen wie mich hat es im Grunde keine Bedeutung, ob die Regierung demokratisch ist oder nicht.	8	76	16
schwer zu sagen	11	67	22

Quelle: CBOS *Opinie i diagnozy* Nr. 28: *Młodzież 2013 [Jugend 2013]*. Warszawa 2014. S. 55.

Grafik 1: Bist Du im Allgemeinen zufrieden oder unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in unserem Land funktioniert? (%)



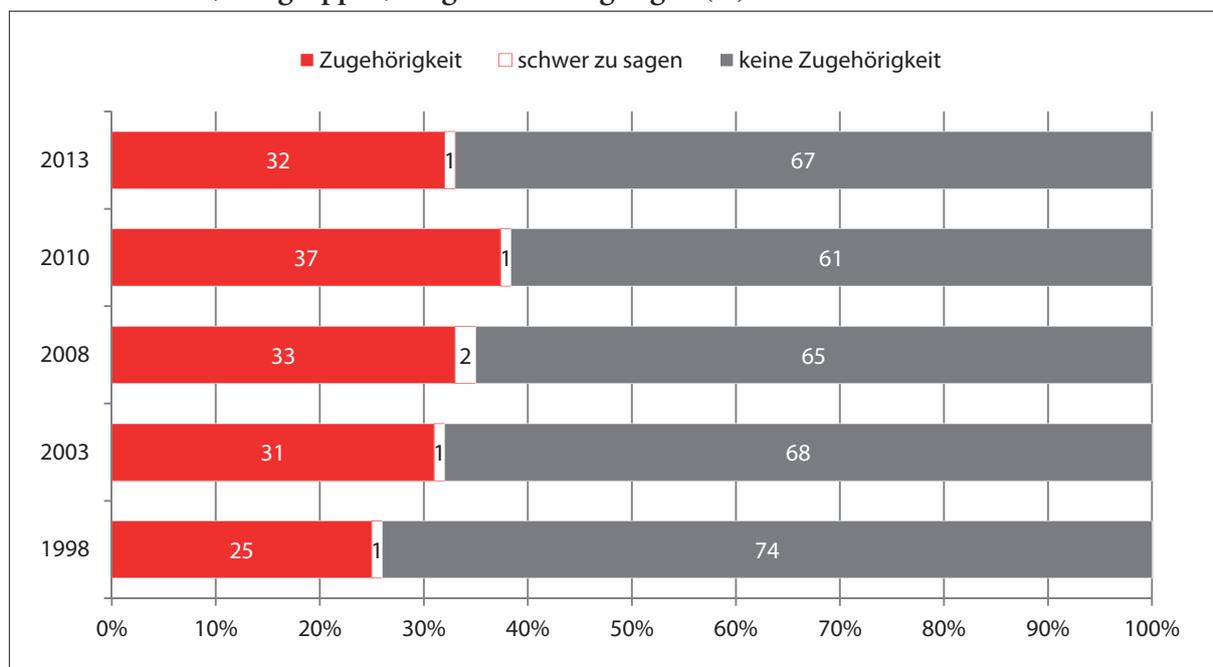
Quelle: CBOS *Opinie i diagnozy* Nr. 28: *Młodzież 2013 [Jugend 2013]*. Warszawa 2014. S. 53.

Tabelle 2: Das Interesse an Politik bei Schülern

	sehr großes Interesse – ich verfolge fast alles, was in der Politik passiert, detailliert	großes Interesse – ich verfolge ziemlich aufmerksam, was in der Politik passiert	mittleres Interesse – ich verfolge nur die Hauptereignisse	geringes Interesse – häufig entgehen mir sogar wichtige Ereignisse	kein Interesse – es interessiert mich praktisch gar nicht	ich würde es anders formulieren
Jungen						
2010	5	12	42	14	23	4
2013	5	14	33	20	27	1
Mädchen						
2010	2	8	38	20	31	1
2013	1	3	31	28	35	2

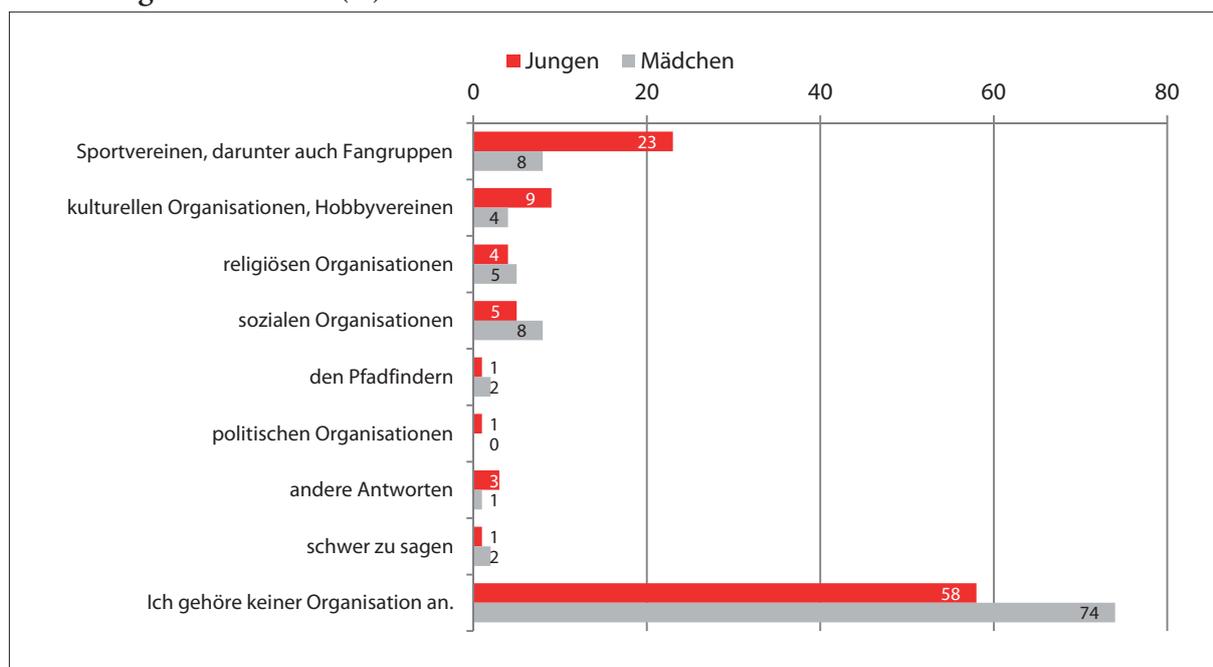
Quelle: CBOS *Opinie i diagnozy* Nr. 28: *Młodzież 2013 [Jugend 2013]*. Warszawa 2014. S. 63.

Grafik 2: Zugehörigkeit junger Menschen zu informellen Gruppen, Vereinen, Organisationen, Klubs, Fangruppen, religiösen Bewegungen (%)



Quelle: CBOS *Opinie i diagnozy* Nr. 28: *Młodzież 2013 [Jugend 2013]*. Warszawa 2014. S. 127.

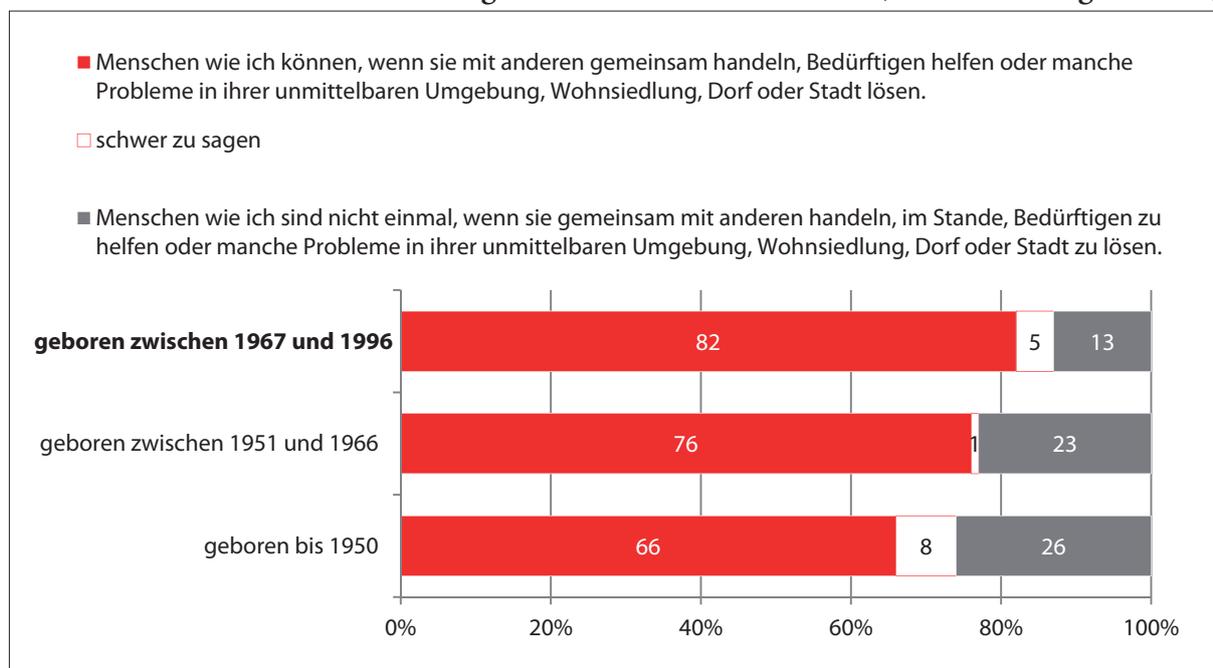
Grafik 3: Welchen Vereinen, Organisationen Klubs, Fangruppen oder religiösen Bewegungen gehörst Du an? (%)



Anm.: Die Summe ergibt mehr als 100, da mehrere Antworten gegeben werden konnten.

Quelle: CBOS *Opinie i diagnozy* Nr. 28: *Młodzież 2013 [Jugend 2013]*. Warszawa 2014. S. 129.

Grafik 4: Welche der beiden Meinungen ist Ihren Ansichten näher? (Erwachsene allgemein, %)



Quelle: CBOS Nr. 60/2014: Aktywność społeczna Polaków [Die gesellschaftliche Aktivität der Polen]. Warszawa 05/2014. <www.cbos.pl>

Tabelle 3: Die polnischen Schulen... (Erwachsene allgemein, %)

	eindeutig ja	eher ja	eher nein	eindeutig nein	schwer zu sagen
garantieren den Schülern Wissen auf hohem Niveau	10	52	22	5	11
vermitteln Patriotismus, Liebe zum Vaterland	13	49	19	5	14
entwickeln Interessen	13	49	21	5	12
achten auf die physische Entwicklung der Schüler	12	47	24	7	10
lehren selbständig zu denken	12	45	22	8	13
lehren Gruppenarbeit, Zusammenarbeit bei der Lösung von Problemen	10	42	24	6	18
bereiten auf die aktive Teilnahme am Leben in der lokalen Gemeinschaft vor*	7	35	30	9	19
bereiten auf die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben des Landes vor**	5	31	33	10	21
vermitteln, wie man mit den Problemen fertig wird, die das gegenwärtige Leben mit sich bringt	7	28	37	13	15

zwei Antworten waren in der Umfrage ausführlicher formuliert:

*zum Beispiel an den Selbstverwaltungswahlen, an unentgeltlicher Arbeit zugunsten der eigenen Umgebung, Wohnsiedlung, Kirche, Dorf oder Stadt

** zum Beispiel auf die Teilnahme an den Parlamentswahlen, auf die Tätigkeit in verschiedenen Verbänden oder politischen Parteien

Quelle: CBOS Nr. 93/2014: Polska szkoła AD 2014 [Die polnische Schule AD 2014]. Warszawa 06/2014. <www.cbos.pl>

Tabelle 4: Die polnischen Schulen... (positive Antworten, Erwachsene allgemein, %)

	04/1998	06/2001	05/2007	06/2014
arbeiten mit den Eltern der Schüler zusammen	62	68	69	71
garantieren den Schülern Wissen auf hohem Niveau	68	58	74	62
vermitteln Patriotismus, Liebe zum Vaterland	62	52	62	62
entwickeln Interessen	55	57	62	62
achten auf die physische Entwicklung der Schüler	48	50	60	59
lehren selbständig zu denken	50	57	63	57
garantieren den Schülern Sicherheit, schützen vor Drogensucht und Gewalt	32	36	42	53
lehren Gruppenarbeit, Zusammenarbeit bei der Lösung von Problemen	34	41	52	52
garantieren der Jugend aus unterschiedlichen sozialen Milieus den gleichen Start ins Leben	-	28	43	45
bereiten auf die aktive Teilnahme am Leben in der lokalen Gemeinschaft vor	36	35	38	42
bereiten auf die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben des Landes vor	30	29	36	36
vermitteln, wie man mit den Problemen fertig wird, die das gegenwärtige Leben mit sich bringt	29	34	38	35

Anmerkung: Die Antworten »eher ja« und »eindeutig ja« wurden zusammengefasst.

Quelle: CBOS Nr. 93/2014: Polska szkoła AD 2014 [Die polnische Schule AD 2014]. Warszawa 06/2014. <www.cbos.pl>

7. – 20. Oktober 2014

07.10.2014	Die Regierung verabschiedet das Programm zur Integration der Roma 2014–2020. Die Roma seien die einzige ethnische Minderheit, die in Polen von sozialem Ausschluss bedroht sei, heißt es in der Erklärung. Grund dafür sei das niedrige Bildungsniveau, was fehlende Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt und eine schlechtere materielle und gesundheitliche Situation nach sich ziehe. Das Hauptziel des Programms sei, die Roma mittels Bildung, beruflicher Aktivierung, Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und zur Verbesserung der Wohnsituation zu integrieren. In Polen leben 20.000 bis 25.000 Roma.
08.10.2014	Auf einer gemeinsamen Sitzung des Klima-Ausschusses und des EU-Ausschusses des Sejm stellt der Regierungsbefragte für Klimapolitik, Marcin Korolec, die Regierungsposition für die Tagung des Europäischen Rats Ende Oktober vor. Gemeinsam mit den Staaten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn), Rumänien und Bulgarien sei eine Gegenposition gegen die Emissionsreduktion von CO ₂ -Gasen im Rahmen der EU-Klima- und Energiepolitik für die Jahre 2020 bis 2030 entstanden.
09.10.2014	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz trifft sich zum ersten Mal in ihrer Funktion als Regierungschefin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin. Thematisiert werden die Frage der EU-Klima- und Energiepolitik, die auf der Tagung des Europäischen Rats Ende Oktober in Brüssel beschlossen werden soll, und die Lage in der Ukraine. Anschließend gibt sich Kopacz zum Antrittsbesuch nach Paris.
09.10.2014	Auf Einladung von Bundespräsident Joachim Gauck nehmen Staatspräsident Bronisław Komorowski sowie die Präsidenten der Slowakei, Tschechiens und Ungarns, Andrej Kiska, Milos Zeman und János Áder, an der Gedenkfeier zum 25. Jahrestag der friedlichen Revolution in Leipzig teil. Es sei der berechnete nationale Stolz und das politische Kapital Polens sowie seine Legitimierung in der Welt der freien Nationen, dass die Freiheit in Osteuropa von Polen, der polnischen Solidarność-Bewegung und dem Sieg der Solidarność bei den halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989 ausging. Jede Nation sei einen eigenen Weg gegangen, doch gemeinsam habe man die Freiheit erlangt – so der Bundespräsident.
10.10.2014	Wirtschaftsminister Janusz Piechociński teilt in einem Radiointerview mit, dass Polen frühestens 2020 der Eurozone beitreten werde. Unter der ersten Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk war zunächst ein Beitritt im Jahr 2012 vorgesehen.
11.10.2014	Die polnische Nationalmannschaft besiegt in Warschau die deutsche Nationalmannschaft mit 2:0 im EM-Qualifikationsspiel. Dies ist der erste Fußballsieg Polens über Deutschland.
13.10.2014	Nach neuesten Prognosen der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) wird das Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 3,1 %, im Jahr 2015 3,3 % betragen. 2014 werde mit einer Inflationsrate von 0,2 % abschließen, für 2015 werden 1,2 % angenommen.
14.10.2014	Zur Eröffnung des 87. Seminars <i>Rose-Roth</i> in Warschau erklärt Sejmarschall Radosław Sikorski, dass die Politik Russlands gegenüber der Ukraine gezeigt habe, dass militärische Stärke von entscheidender Bedeutung sei. Daher müsse auch die NATO revitalisiert werden. Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak unterstreicht die Bereitschaft zum Dialog mit Russland, jedoch gebe es derzeit keine Hinweise auf Verständigung und Partnerschaft. Die zweitägige Konferenz wird von der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Zusammenarbeit mit dem Sejm veranstaltet. Teilnehmer sind Parlamentarier und Repräsentanten der Regierungen der NATO-Mitgliedsländer sowie ihrer Partner, Vertreter der NATO sowie Vertreter von Forschungseinrichtungen, Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen.
15.10.2014	Der Pressesprecher des Verteidigungsministeriums teilt die Verhaftung eines im Verteidigungsministerium tätigen Offiziers der Polnischen Armee mit, der der Spionage verdächtigt wird.
17.10.2014	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz nimmt in Mailand am X. Europa-Asien-Gipfel teil. In ihrer Rede vor der Plenarversammlung betont sie, dass Europa und Asien Schlüsselbedeutung für den Aufbau von Wohlstand und Entwicklung in der Welt haben. Wesentlich seien dabei auch Bemühungen um die Regulierung des Finanzsektors und der Kapitalströme. Am Rande der Konferenz führt Kopacz bilaterale Gespräche mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, dem Präsidenten der Ukraine, den Ministerpräsidenten Chinas, der Niederlande, Spaniens sowie Vietnams.
18.10.2014	Bei einem Besuch der Europäischen Sozial-Technischen Hochschule (Europejska Uczelnia Społeczno-Techniczna – EUST) in Radom zur Eröffnung des akademischen Jahres kündigt Ministerpräsidentin Ewa Kopacz an, dass das Budget für die polnischen Hochschulen für das Jahr 2015 um 10 % angehoben wird. Ab 2020 wird es 2 % des Bruttoinlandsprodukts betragen.

19.10.2014	Leszek Miller, Parteivorsitzender der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), spricht auf dem I. Kongress der Landwirte von Masowien. Er weist auf die schwierige materielle Lage der polnischen Landwirte hin sowie auf deren beschränkten Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem. Ministerpräsidentin Ewa Kopacz fordert er angesichts der aktuellen finanziellen Einbußen der Landwirte wegen der Wirtschaftssanktionen zwischen der EU und Russland auf, sich persönlich für Hilfen für die polnischen Bauern einzusetzen, da der Landwirtschaftsminister bei den Verhandlungen versagt habe.
20.10.2014	Der Vorsitzende der Wirtschaftskammer der Händler Polnischer Kohle (Izba Gospodarcza Sprzedawców Polskiego Węgla – IGSPW), Adam Gorszanów, warnt in einem Radiointerview, dass die neuen Qualitätsvorschriften für Brennstoffe einen Verkaufsstopp auch der polnischen Kohle herbeiführen könnten. Die neuen Normen, die im kommenden Monat eingeführt werden sollen, sollen den Import billiger und minderwertiger Kohle aus Russland verhindern. Nach Einschätzung Gorszanóws weisen aber nur 15 % der polnischen Kohle eine bessere Qualität als die russische Kohle auf.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2014 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen